

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 379.17 / 13.12.2017

Krankenhäuser sind für die Patient*innen da, nicht für die Renditeinteressen von Konzernen

Zur heutigen (13. Dezember 2017) Beratung im Sozialausschuss zur aktuellen Situation des Sana Klinikums in Ostholstein sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

„Der Bericht über die Situation der Sana Kliniken ist besorgniserregend. Viel zu viele offene Fragen standen weiter im Raum. Die personelle Situation ist angespannt. „Das Krankenhaus, das absäuft“ – dieses Zitat des Geschäftsführers sagt alles. Die Sicherstellung der Versorgung in Ostholstein hat für uns Grüne höchste Priorität. Ich unterstütze die Idee der Re-Kommunalisierung des Krankenhauses.

So wie bisher kann es nicht weiter gehen. Wir Grüne fordern die Durchführung einer Regionalkonferenz vor Ort, so wie es der Kreistag in seiner Resolution beschlossen hat. Wir erwarten, dass der Sana-Konzern einen Zeitplan vorlegt und so schnell wie möglich mit den erforderlichen Baumaßnahmen beginnt. Das so genannte „Konzept der konzentrierten Chirurgie“ lehnen wir ab. Der Bereitschaftsdienst muss sich an fachlichen Standards orientieren. Krankenhäuser sind für die Patient*innen da und nicht für die Renditeinteressen von Konzernen.“

Die regionale Abgeordnete für den Kreis Ostholstein, **Marlies Fritzen**, ergänzt:

„Schimmel im Krankenhaus geht gar nicht. Auch wenn keine akute Gesundheitsgefährdung der Patient*innen besteht, müssen die Mängel schnellstmöglich behoben werden. Dafür muss der Krankenhausträger Sorge tragen, niemand sonst.

Dass die Wasserschäden im Klinikum Eutin seit Jahren bekannt waren und Sana trotz bereitstehender Mittel (vom Land) nichts unternommen hat, ist ein Skandal. Jetzt muss

schleunigst ein unabhängiges Gutachten erstellt werden, dass die Schäden und erforderlichen Maßnahmen klar benennt. Die zunehmende Privatisierung im Gesundheitswesen erweist sich einmal mehr als Holzweg.“
